

Resolution für Weseraue

BUND beklagt Verzögerung bei Ausweisung als Naturschutzgebiet

Bremen. Der BUND fordert, das geplante Naturschutzgebiet Weseraue „unverzüglich“ auszuweisen. Die Bremer Weseraue mit der Hemelinger/Arberger Marsch sowie der Habenhausener Weseraue auf dem linken Ufer mit dem schon vorhandenen kleinen Naturschutzgebiet Neue Weser beherberge viele seltene Tiere und Pflanzen, heißt es in einer Resolution der Jahreshauptversammlung.

„Mit naturnahen Weserufern, größeren Weser-Nebengewässern, Auengehölzen, Überschwemmungsgrünland und Heckenstrukturen beiderseits des Deiches ist die Weseraue strukturreich“, erläutert Joachim Seitz, Vorstandsmitglied beim BUND Bremen. „Das Potenzial des Gebietes für den Naturschutz zeigt sich unter anderem darin, dass sich hier erstmals für Bremen der Biber

angesiedelt hat und seit einigen Jahren der seltene Löffler, der sonst fast nur im Küstenbereich brütet, mit drei bis vier Paaren vor- kommt.“

Der BUND setzt sich schon seit Jahren für die Ausweisung eines Naturschutzgebietes in der Weseraue ein. Wichtig ist ihm dabei auch die Einbeziehung einiger Kompensationsflächen binnendeichs, darunter ein wertvolles Heckengebiet und ein kleines Wäldchen am Rande des Gewerbegebietes Hansalinie. „Die Unterschutzstellung der Bremer Weseraue als Naturschutzgebiet und teilweise auch als Landschaftsschutzgebiet ist bereits im Bremer Landschaftsprogramm festgehalten, das die Bremische Bürgerschaft 2015 beschlossen hat“, betont Seitz. WK

ANZEIGE

KÜCHENTESTER GESUCHT



Freigeplante
Küchen
zum halben Preis

und zusätzlich
200 € Gutschein

50 KÜCHENKÄUFER ERHALTEN IHRE FREI- GEPLANTE KÜCHE ZUM HALBEN PREIS!

Im Rahmen unserer AKTION erhalten die ersten 50 Küchenkäufer ihre freigeplante Küche zum halben Preis. Die Preisvorteile, die wir von den Herstellern für diese besondere Aktion bekommen haben, geben wir an unsere Kunden weiter. Als Küchentester müssen Sie lediglich bis zwei Wochen nach der Lieferung Ihrer Küche einen knapp gehaltenen Fragebogen ausfüllen. Dafür erhalten Sie zusätzlich einen Warengutschein im Wert von

200 Euro, den Sie in einem unserer Zurbrüggen Einrichtungshäuser einlösen können. Bitte beachten Sie: Bei diesen besonderen Preisvorteilen müssen wir die Aktion auf 50 Küchentester pro Standort beschränken, da derartige Nachlässe im täglichen Verkauf nicht möglich sind. Rufen Sie jetzt an und sichern Sie sich vorab Ihren persönlichen Termin. Wir, das gesamte Zurbrüggen-Team, freuen uns auf Ihren Anruf.

FREIGEPLANTE
KÜCHEN
ZUM

1/2 PREIS

+ 200€ ZURBRÜGGEN
WARENGUTSCHEIN



ICH FREUE MICH
AUF IHREN ANRUF

**JETZT ANRUFEN UND
VORTEILE SICHERN:**
Sie erreichen uns zu unseren
Öffnungszeiten unter:

04221/920-302

oder jederzeit online unter zurbrueggen.de/tester



JETZT
NEU

Bonus-Kundenkarte

Punkte sammeln,
Stammkunden-Rabatte
und weitere Vorteile
sichern!

**mein
zurbrüggen**



meinzurbrueggen.de

Jetzt
registrieren
und
5 Euro
Willkommens-
Gutschein sichern!

Zurbrüggen Wohn-Zentrum GmbH
59423 Unna, Hans-Böckler-Str. 4

zurbrüggen
www.zurbrueggen.de

Zurbrüggen Wohn-Zentrum GmbH, 27755 Delmenhorst, Seestr. 7, Tel. 04221/920-920
Öffnungszeiten: Montag-Samstag 10.00-19.00 Uhr

7) Gilt auf Zurbrüggen-Listenpreise. Nicht kombinierbar mit anderen Rabattaktionen. Gilt nur für Neukäufe. Ausgenommen sind Elektrogeräte und Zubehör. #) Der 5 € Gutschein ist ab Erhalt 6 Monate gültig und einmalig einlösbar in allen Zurbrüggen Einrichtungshäusern oder im Onlineshop. 20 € Mindestkaufwert. Keine Verrechnung mit bereits getätigten Käufen.

Der Name bleibt

Beirat kassiert Umbenennungsbeschluss für Langemarckstraße



Sie bleiben erhalten, sollen aber ein Zusatzschild bekommen: die Straßenschilder der Langemarckstraße.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

VON FRANK HETHEY

Bremen. Die Umbenennung der Langemarckstraße in Georg-Elser-Allee ist endgültig vom Tisch. Wie erwartet hat der Beirat Neustadt am Donnerstagabend seinen anderslautenden Beschluss von 2022 einstimmig wieder einkassiert. Die Hinweise darauf hatten sich zuletzt verdichtet, erst recht nachdem die Georg-Elser-Initiative vor einem Monat einen überraschenden Rückzieher gemacht hatte. Damit kommt eine kontroverse Debatte mit lebhafter Bürgerbeteiligung auch formal zum Abschluss. Allerdings will der Beirat nicht einfach alles lassen, wie es war. Vielmehr schwebt dem Gremium vor, einen „strukturierten und nachhaltigen Erinnerungsprozess“ zur Geschichte der Langemarckstraße in Gang zu bringen.

Zusatzschilder geplant

Zu diesem Prozess gehört, zeitnah Zusatzschilder zum historischen Kontext an den Straßenschildern der Langemarckstraße anzubringen. Ferner strebt der Beirat eine Städtepartnerschaft oder zumindest eine vertiefte Kooperation mit der belgischen Gemeinde Langemark-Poelkapelle an, dem Schauplatz der Kämpfe im Ersten Weltkrieg, die als Paradebeispiel jugendlichen Heldentums überhöht wurden. In die gleiche Richtung weist der Wunsch, im bundesweiten Netzwerk von Kommunen mit einer Langemarckstraße mitzuwirken.

Ein weiterer Punkt: die Förderung friedenspädagogischer Jugendprojekte und Gedenkstättenfahrten, etwa in Kooperation mit dem

„In Flanders Field Museum“ in Ypern. Zudem will der Beirat den internationalen Gedenktag zum Ende des Ersten Weltkriegs am 11. November nutzen, um auch im Stadtteil ein öffentliches Gedenk- und Friedensformat einzuführen. Bei alledem soll der Hitler-Attentäter Georg Elser nicht vergessen werden. In den kommenden Monaten will der Beirat den Vorschlag beraten, den Zentralbereich der Neustadtswallanlagen nach dem Widerstandskämpfer zu benennen.

Positive Signale aus dem Rathaus

Die ersten Schritte zur Umsetzung der gesteckten Ziele möchte Beiratssprecher Johannes Osterkamp (Grüne) nach den Sommerferien angehen. Dabei sei man auf das Kulturreisort angewiesen, das den Prozess aufsetzen und moderieren soll. Der Beirat selbst könne die Erinnerungsarbeit in der angeordneten Form nicht leisten. Dazu habe es auch schon positive Signale aus dem Rathaus gegeben. Überstürzen will der Beirat aber nichts. „Wir wollen keinen Zeitdruck aufbauen oder Kostenforderungen stellen“, sagt Osterkamp.

In der Begründung für seinen Sinneswandel zeigt sich der Beirat selbstkritisch. Die Reaktionen aus der Bevölkerung hätten gezeigt, dass „ein rein repräsentativer Beschluss in einer öffentlichen Sitzung“ dem Bedürfnis nach Mitsprache nicht gerecht werde. Daher habe der Beirat ein transparentes Beteiligungsverfahren initiiert. „Diese Notwendigkeit frühzeitiger Partizipation bei identitätsstiftenden Entscheidungen nimmt der Beirat als wichtige Lehre für sein zukünftiges Handeln an.“

Als entscheidendes Argument für die Kehrtwende benennt der Beirat die transnationale Dimension des Gedenkens. Dieser Aspekt sei dem Beirat in seiner vollen Tragweite nicht präsent gewesen. Belgische Vertreter hätten gegen eine Umbenennung und für einen gemeinsamen Dialog über das historische Erbe plädiert. „Diese Perspektive der aktiven, grenzüberschreitenden Friedensarbeit hat den Beirat nach intensiver Abwägung überzeugt.“ Als Standort einer der größten Langemarckstraßen in Deutschland wolle die Neustadt ihrer historischen Verantwortung gerecht werden.

Beiratssprecher Osterkamp hofft, die Umbenennung der Langemarckstraße jetzt ein für alle Mal ad acta legen zu können. Es habe schon mehrere Anläufe, aber nie einen vernünftigen Abschluss gegeben. Eine „saubere Dokumentation“ des gesamten Verfahrens wie auch eine „vernünftige Art von Erinnerungskultur“ sollen das ändern. An der Erinnerungsarbeit sollen sich neben dem Beirat auch die Landeszentrale für politische Bildung, die Hochschule Bremen, die Bürgerinitiative für den Erhalt der Langemarckstraße und die Georg-Elser-Initiative beteiligen.

Konstruktiver Dialog

Aus Sicht des Beirats können sich beide Bürgerinitiativen an die Fahnen heften, die historische Dimension der Langemarckstraße der Vergessenheit entrissen zu haben. Den Dialog im Beteiligungsverfahren bezeichnet der Beirat als größtenteils sachlich und konstruktiv. Es sei ein Zeichen „sehr großer demokratischer Qualität, andere Meinungen zuzulassen“, würdigt Osterkamp das Verfahren.

Kaltes Wasser muss reichen

Boiler demontiert

Die Berichterstattung des WESER-KURIER über den 900.000 Euro teuren „Kreativraum“ des Jobcenters ist von vielen Beschäftigten der Behörde aufmerksam verfolgt worden. Die meisten von ihnen wussten gar nichts von der Existenz dieser Räumlichkeiten und konnten sich deshalb auch noch nie auf den schönen Vitra-Sesseln räkel, die das Management für das Prunkgemach der Regionalzentrale an der Utbremer Straße beschafft hatte. In der Vegesacker Jobcenter-Niederlassung war man über die Nachrichten zum „Kreativraum“ besonders erstaunt. Wurden dort doch zu Jahresbeginn die Warmwasserbereiter in den Sanitärräumen der Beschäftigten demontiert und bis jetzt auch nicht wieder ersetzt. „Kaltwasser muss für die Mitarbeiter des operativen Geschäfts ausreichen“, kommentiert ein Sachbearbeiter aus Vegesack den Kontrast zum „Kreativraum“. Deutlicher könne die Jobcenter-Führung die Wertschätzung für die Mitarbeiter nicht zum Ausdruck bringen. „Aber“, so der sarkastische Zusatz: „In diesen harten Zeiten müssen natürlich Prioritäten gesetzt werden.“

Fortschrittliches Island

Die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses der Bürgerschaft sind zurück aus Island. Aus Island? Ja, warum nicht? Alle Deputationen und Fachausschüsse der Bürgerschaft dürfen einmal pro Legislaturperiode eine Informationsreise ins Ausland unternehmen. Und Island bot sich an, weil der Zwergstaat im Nordatlantik (rund 400.000 Einwohner) laut einschlägiger Statistiken in Fragen der Geschlechtergleichstellung europaweit vorne liegt. Die zehnköpfige Bremer Reisegruppe absolvierte mehrere offizielle Termine und nahm den Eindruck mit nach Hause, dass man von den Isländern unter anderem bei der Vereinbarkeit von Familie und weiblicher Karriere eine Menge lernen kann.



Graue Rebellion

Die CDU-Senioren fühlen sich mit ihren politischen Anliegen in der Bürgerschaftsfraktion offenbar nicht optimal vertreten – um es mal vorsichtig auszudrücken. Dem Landesparteitag der Christdemokraten liegt an diesem Samstag ein Antrag vor, in dem gefordert wird, der Senioren-Union

künftig ein Mitspracherecht bei der Besetzung der Position des seniorenpolitischen Sprechers der CDU-Bürgerschaftsfraktion einzuräumen. Aktuell übt die Abgeordnete Kerstin Eckardt diese Funktion aus. Nach Begeisterung über ihre Arbeit klingt der Antrag nicht. Parteiintern kursiert die Vokabel „Ohrfeige“.

Neue Innigkeit

Wenige Tage nach ihrem Landesparteitag hat die Linke begonnen, den Austausch der Wahlkampflokomotiven auch in den sozialen Netzwerken zu inszenieren. Wie berichtet, übernimmt Fraktionschefin Sofia Leonidakis die Spitzenkandidatur bei der Bürgerschaftswahl – eine Funktion, die Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt viermal hintereinander innehatte. In dem etwa 30-sekündigen Clip erweckt Vogt den Eindruck, es ganz prima zu finden, dass sie bei der Wahl nur noch auf Listenplatz drei antritt und Leonidakis nun die neue Frontfrau ist. „Es ist genau der richtige Zeitpunkt, um zu sagen: Jetzt brauchen wir eine Erneuerung und eine Verjüngung“, versichert Vogt den Zuschauern. Das Videoschnipsel hat in den vergangenen Tagen für viel Heiterkeit gesorgt bei all jenen, die wissen, wie sehr sich Vogt und Leonidakis mögen (kleiner Spoiler: nicht besonders).